



## **Gäste**

Herr Andreas Goetzmann (FB Stadtplanung Bauordnung)  
Herr Norbert Praetzel (FB Grün- und Verkehrsflächen)  
Herr Frerichs (Wirtschaftsförderung)  
Herr Wustrack (Bereich Straßenverkehr)  
Frau Engelbrecht (Bereich Stadterneuerung)  
Herr Dr. Naumann (BI Kirchsteigfeld Drewitz)  
Herr Dr. Ehlers (Dr. Aldinger & Fischer)  
Herr Dr. Emenlauer (ProStadt GmbH)

### Niederschrift:

Herr Detlef Pfefferkorn

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
  
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 08.11.2011 / Feststellung der öffentliche/nicht  
öffentlichen Tagesordnung
  
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  
- 3.1 Bebauungsplan Nr. 18 "Kirchsteigfeld"
  
- 3.1.1 Bebauungsplan Nr. 18 "Kirchsteigfeld", Planungsziele und Abgrenzung des  
räumlichen Geltungsbereichs für die Änderung und Ergänzung  
Vorlage: 11/SVV/0741  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
  
- 3.1.2 B-Plan Nr. 18 "Kirchsteigfeld"  
Vorlage: 11/SVV/0794  
Fraktion DIE LINKE
  
- 3.2 Verkehrstechnische Untersuchung Unterführung Berliner Straße  
Vorlage: 11/SVV/0627

Fraktion DIE LINKE  
SB (ff)

- 3.3 Lärmschutzmauer Brauhausberg/ Templiner Straße  
Vorlage: 11/SVV/0791  
Fraktion SPD  
SB (ff)
- 3.4 Zusätzlicher Halt aller Züge des Regionalverkehrs auf den Bahnhöfen  
Charlottenhof und Park Sanssouci  
Vorlage: 11/SVV/0697  
Fraktion DIE LINKE
- 3.5 Sozial gerechte Bodennutzung  
Vorlage: 11/SVV/0796  
Fraktion SPD
- 3.6 Potsdam entwickelt Grundstücke selbst!  
Vorlage: 11/SVV/0799  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.7 Planungsworkshop Verkehrssituation in Eiche und Golm  
Vorlage: 11/SVV/0802  
Fraktion SPD  
auch OBR Eiche
- 3.8 Prüfung eines Zebrastreifens oder Fußgängerampel Haltestelle Schlaatzweg  
Vorlage: 11/SVV/0583  
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Information zum Bebauungsplan Nr.1 "Neuer Markt/Plantage" (auf Bitte der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)  
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 4.2 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 27.10.2011  
bis 16.11.2011 sowie Beantwortung von Nachfragen aus der Sitzung vom  
08.11.11  
FB Stadtplanung und Bauordnung

5 Sonstiges

### Nichtöffentlicher Teil

6 Sanierungsgebiet "Potsdamer Mitte"  
Ergebnis des Bieterwettbewerbs für den Verkauf städtischer Grundstücke  
Havelufer/Alte Fahrt und Friedrich-Ebert-Straße / Schloßstraße  
Grundstücke: Humboldtstraße 1/2, Humboldtstraße 3, Humboldtstraße 4,  
Humboldtstraße 5/6, Brauerstraße 1, Brauerstraße 2, Brauerstraße 3 und  
Schwertfegerstraße 9  
Vorlage: 11/SVV/0809  
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

### **Protokoll:**

#### Öffentlicher Teil

##### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Rolf Kutzmutz.

##### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 08.11.2011 / Feststellung der öffentliche/nicht öffentlichen Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kutzmutz, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen vom 08.11.2011 gibt es keine Hinweise. Die Niederschrift wird mit **7/0/2** Stimmen bestätigt.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung liegen folgende Bitten vor:

Herr Pfrogner bittet entsprechend seiner e-mail vom 28.11.11 in die TO die Berichterstattung der Erfüllung der von der Verwaltung einzuleitenden Schritte zur Durchführung einer Einwohnerversammlung durch die Pro Potsdam (Punkt 5 der TO der 56. Sitzung am 8.11.11: Wohnanlage Wollestr./Jutestr.) aufzunehmen.

Herr Goetzmann entschuldigt sich, wegen Erkrankung eines Mitarbeiters keinen aktuellen Stand mitteilen zu können. Dies wird nachgeholt.

Herr Lehmann stellt den Antrag, den öffentlichen Teil bis 21:00 Uhr abzuarbeiten, um ausreichend Zeit für TOP 6 zu haben.  
Diesem Antrag wird mit **8/0/2** zugestimmt.

Frau Hüneke teilt mit, dass der **TOP 3.6 (DS 11/SVV/0799)** zurückgestellt und vertagt wird.

Herr Klipp schlägt vor, den **TOP 4.2 vor TOP 4.1.** zu behandeln. Diesem Vorschlag wird mit **10/0/0** zugestimmt

**zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 3.1 Bebauungsplan Nr. 18 "Kirchsteigfeld"**

**zu 3.1.1 Bebauungsplan Nr. 18 "Kirchsteigfeld", Planungsziele und Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereichs für die Änderung und Ergänzung Vorlage: 11/SVV/0741**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Beginnend wird Herrn Dr. Naumann (BI Kirchsteigfeld/Drewitz) Gelegenheit gegeben, mittels Präsentation den Standpunkt der BI zur Walderhaltung darzustellen.

Für den Investor Herrn Dr. Aldinger & Fischer vertritt Herr Dr. Ehlers die Position seines Unternehmens, dass es ohne positives Votum keine Verkehrserschließung geben könne und bittet um Zustimmung zur Vorlage.

Herr Frerichs (Wirtschaftsförderung) stellt klar, dass die Gewerbeansiedlung nicht allein im Investoreninteresse erfolge, sondern vor allem städtisches Interesse ist. Es sei nicht erkennbar, dass die Erschließung aus Mitteln der öffentlichen Hand erfolgen könne.

Mittels Präsentation erläutert und bewertet Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Bauordnung) die 4 Varianten zur Flächenaufteilung und reicht die Pläne hierzu in „lesbarer“ Form aus. Er stellt klar, dass alle Varianten konfliktträchtig sind und die Finanzierung der Erschließung eine gewisse „Schwungmasse“ in Form von Gewerbe/Einzelhandel erfordere. Mit Hinweis auf den städtischen Haushalt könnte die Stadt frühestens 2016 eine Eigenfinanzierung vornehmen, dies auch nur in Konkurrenz zu weiteren prioritären Verkehrsinvestitionen der Stadt.

Herr Kirsch stellt im Hinblick auf den Konflikt Einzelhandel / Umwelt den Änderungsantrag:

„Abweichend von der Vorlage ist Variante 14 zu verfolgen mit der Maßgabe, die Einzelhandelsfläche in Gewerbefläche umzuwandeln sowie die Verkehrserschließung anteilig aus der öffentlichen Hand zu finanzieren.“

Herr Lehmann stellt zur Absicherung der „Anschubmasse“ für die Verkehrserschließung folgenden Änderungsantrag:

„Basierend auf Variante 15 ist in einer Variante 15a der Anteil Einzelhandel auf 3 ha zu erhöhen und der vom Gewerbe auf 2 ha zu reduzieren“

Herr Klipp votiert unter Bezug auf die Tendenz in der Debatte für die Variante 5,

die dem StEK Gewerbe entspricht und sieht die einzige Möglichkeit zur Erschließung in einer neuen Anbindung. Er macht deutlich, dass es hier in erster Linie um die Finanzierung dieser Erschließung gehe und nicht darum, Planungsrecht für den Investor zu schaffen: "Es gibt keinen Rechtsanspruch auf Planungsrecht." Er empfiehlt, die Vorlage nicht pauschal abzulehnen.

Herr Pfrogner weist noch einmal auf die Berücksichtigung der Bürgerinteressen hin und man möge sich doch mehr Zeit lassen.

Im weiteren Verlauf der Diskussion stellen Herr Jäkel, Frau Hüneke, Herr Teuteberg, Herr Cornelius, Herr Goetzmann, Herr Gunold, Herr Kutzmutz, Herr Lehmann und Herr Kirsch ihre Positionen zum Konflikt zwischen Gewerbeansiedlung und Umwelt- sowie Klimaschutz dar.

Herr Kutzmutz verweist zum Abschluss der Diskussion darauf, dass die Verwaltung mit der auf Antrag der STVV ausgelösten Vorlage ihre Arbeit geleistet habe und schlägt vor, zuerst über die beiden Änderungsanträge abzustimmen:

#### Abstimmung

Änderungsantrag von Herrn Kirsch(sh. vor): mit Votum **1/9/0** abgelehnt

Änderungsantrag von Herrn Lehmann (sh. vor): mit Votum **1/6/3** abgelehnt

Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich, über die **Punkte zur Festlegung der Planungsziele aus der Vorlagenanlage getrennt abzustimmen:**

#### Abstimmung zu Pkt. 1-3 der Vorlagenanlage:

Der Bebauungsplan Nr. 18 „Kirchsteigfeld“ soll in seinem räumlichen Geltungsbereich um die Flächen bis zur Trebbiner Straße entsprechend der in Variante 15 dargestellten Abgrenzung erweitert werden.

Für die 1. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplans werden folgende Planungsziele festgelegt:

1. Das Mischgebiet am nördlichen Rand des Priesterwegs soll zu einem Allgemeinen Wohngebiet entwickelt werden.
2. Eine östliche Erweiterung der Nahversorgung soll nur auf Basis negativer Ergebnisse einer Risikobewertung der dauerhaften Tragfähigkeit der bestehenden Nahversorgungseinrichtungen ermöglicht werden.
3. Für die festgesetzten Gewerbegebiete sollen flexiblere Regelungen für Bebaubarkeit und Nutzbarkeit für Gewerbe und zur Gestaltung des Übergangs zu den angrenzenden Wohngebieten getroffen werden.

#### Zustimmung mit **8/0/2**

#### Abstimmung zu Punkt 4.

4. Orientierungsrahmen für die Entwicklung des Bebauungsplans auf den Erweiterungsflächen ist Variante 15 „Gewerbe und nicht zentrenrelevanter Handel im Süden“.  
Von der Trebbiner Straße aus soll eine neue Erschließungsstraße mit

Kreisverkehr zur südlichen Anbindung der Gewerbegebiete in das Kirchsteigfeld geführt werden.  
Östlich dieser Straße sollen auf einer ca. 35.000 m<sup>2</sup> umfassenden Fläche Gewerbegebiete entwickelt werden.  
Im Süden an der Trebbiner Straße soll auf einer ca. 15.000 m<sup>2</sup> umfassenden Fläche nicht zentrenrelevanter Einzelhandel ermöglicht werden.  
Westlich der Erschließungsstraße soll der Wald erhalten bleiben. Zwischen dem im Bebauungsplan bereits festgesetzten und den zu ergänzenden Gewerbegebieten sowie östlich dieser Ergänzungsflächen soll eine umfangreiche Begrünung erfolgen.

Ablehnung mit 4/6/0

Damit ergibt sich die Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen, der Beschlussvorlage unter Streichung der Ziffer 4 auf Seite 6 zuzustimmen.

**zu 3.1.2 B-Plan Nr. 18 "Kirchsteigfeld"**  
**Vorlage: 11/SVV/0794**  
Fraktion DIE LINKE

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag zur Beschlussfassung.

Die Stadtverordnetenversammlung Potsdam möge beschließen:

Vor einer Entscheidung zur Änderung des B-Planes Nr. 18 „Kirchsteigfeld“, 4. Änderung Satzungsbeschluss, ist erst abschließend über den Flächennutzungsplan zu entscheiden.

**Abstimmung:**

Ja-Stimmen: 8  
Nein-Stimmen: 1  
Enthaltungen: 1

**zu 3.2 Verkehrstechnische Untersuchung Unterführung Berliner Straße**  
**Vorlage: 11/SVV/0627**  
Fraktion DIE LINKE  
SB (ff)

Herr Jäkel bringt den Antrag ein.

Bezugnehmend auf den Antrag teilte Herr Praetzel (FB Grün- und Verkehrsflächen) mit, dass die Verwaltung bereits eine verkehrstechnische Untersuchung veranlasst hat und das Ergebnis mitgeteilt wird.

Eine Abstimmung wird nicht für erforderlich gehalten.

**zu 3.3 Lärmschutzmauer Brauhausberg/ Templiner Straße**

**Vorlage: 11/SVV/0791**

Fraktion SPD

SB (ff)

Herr Heuer bringt den Antrag ein und teilt mit, dass dieser in einen Prüfauftrag umgewandelt wird.

Herr Praetzel (FB Grün- und Verkehrsflächen) erläutert, dass Lärmschutzmaßnahmen in Form einer „Grünwand“ realisierbar wären und sagt die Unterstützung der Anwohner zu. Mit den Bürgern wird hierzu das Gespräch gesucht.

Der durch den Antragsteller geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag zur Beschlussfassung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt **zu prüfen, ob** den Anwohnern der Straße „Am Brauhausberg/Obere Templiner Str.“ ~~zu ermöglichen~~ **ermöglicht werden könnte**, den Grünstreifen (ehemalige Straßenbahntrasse) zur eigenverantwortlichen Errichtung und Unterhaltung einer Lärmschutzwand zu nutzen und bei der Schaffung der nötigen Planungsvoraussetzungen zu unterstützen.

**Abstimmung:**

Ja-Stimmen: 10

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

**zu 3.4      Zusätzlicher Halt aller Züge des Regionalverkehrs auf den Bahnhöfen  
Charlottenhof und Park Sanssouci**

**Vorlage: 11/SVV/0697**

Fraktion DIE LINKE

Herr Gunold bringt den Antrag ein.

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Bauordnung) trägt die die vorliegende Stellungnahme des Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) vor.

Herr Gunold stellt daraufhin den Antrag zurück; die Verwaltung sagt zu, die Stellungnahme als Anlage 2 zum Protokoll zur Verfügung zu stellen.

**zu 3.5      Sozial gerechte Bodennutzung**

**Vorlage: 11/SVV/0796**

Fraktion SPD

Herr Heuer bringt den Antrag ein und bittet das Gremium, diesem zuzustimmen.

Herr Kirsch meint hierzu, dass dieser Antrag lediglich für städtische Grundstücke



Relevanz haben dürfe.

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Bauordnung) macht in seiner anschließenden Präsentation deutlich, dass der Antragsteller und die Verwaltung gar nicht so weit voneinander entfernt liegen. Viele der geforderten Maßnahmen sind schon Verwaltungspraxis oder Beschlusslage. Weiterhin: Es gibt keinen sozialen Wohnungsbau ohne öffentliche Förderung und man ist auf der Suche nach „dem Potsdamer Modell“. Der Antrag wird befürwortet, sei aber bis Januar 2012 nicht erfüllbar. Es wird ein Gutachten zu den Kosten der sozialen Infrastruktur beauftragt (Februar/März 2012). Im Mai 2012 erfolgt der Bericht zum Gutachten und die Richtlinie kann zum Dezember 2012 erstellt werden.

Herr Gunold weist darauf hin, dass dieser Antrag mit einem Änderungsantrag bereits im Finanzausschuss behandelt worden ist, dem man sich doch anschließen könne.

Auf Nachfrage von Herrn Pfrogner, ob der Text des genannten Änderungsantrages bekannt sei, musste dies verneint werden.

Herr Heuer befürwortet die Übernahme des Änderungsantrages aus dem Finanzausschuss.

Daraufhin stellt Herr Kirsch den Antrag auf

„Zurückstellung des Antrages, bis der genaue Inhalt des genannten Änderungsantrages bekannt ist.“

Abstimmung: 4/6/0 (Ablehnung).

Herr Heuer bittet den Antrag, in **folgender geänderter Fassung** abzustimmen:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag zur Beschlussfassung.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, eine Richtlinie für die Stadt Potsdam vorzuschlagen und der Stadtverordnetenversammlung bis spätestens **Januar Mai** 2012 zur Beschlussfassung vorzulegen, die die sozial gerechte Bodennutzung regelt. Mit der Richtlinie soll verbindlich geregelt werden, wie in Anwendung von § 11 Baugesetzbuch (Städtebaulicher Vertrag) zukünftig Kaufbegünstigte/Vorhabensträger verbindlich an den Kosten der städtebaulichen Planung, den Infrastrukturkosten, den Kosten für die Errichtung sozialer Einrichtungen und insbesondere am sozialen Wohnungsbau zu beteiligen sind.

Demnach sind zukünftig regelmäßig:

1. Die Planungskosten durch die Grundstückseigentümer zu übernehmen. Hierzu zählen alle zu erhebenden Daten und zu erarbeitenden Unterlagen und Gutachten, die für die Aufstellung und Beurteilung des Bauleitplanes erforderlich sind.

2. Alle öffentlichen Flächen (Verkehrsflächen, Grünflächen, Ausgleichsflächen,

Schutzflächen, Spielflächen) insbesondere kostenlos und unentgeltlich der Stadt abzutreten/ zu übertragen.

3. Die Erschließungskosten zu 100 Prozent zu übernehmen.

~~4. Die Folgekosten in einer im Rahmen der Richtlinie noch zu definierenden Höhe zu übernehmen.~~

~~5. Die Verpflichtung einzugehen, öffentlich geförderte Wohnungen in einer in der Richtlinie noch zu definierenden Anzahl zu errichten, soweit das Gebiet wegen seiner Größe und Eignung hierzu angemessen erscheint. Diese Pflicht kann auch wertgleich in Baulandabtretung abgegolten werden.~~

4.6. Die Kosten bzw. Maßnahmen, die nach § 1a BauGB für den Ausgleich und Ersatz des Eingriffes in Natur und Landschaft erforderlich sind, zu übernehmen.

Die Verpflichtung der Grundstückseigentümer ist der Stadtverordnetenversammlung zum Zeitpunkt des Verkaufes der kommunalen Liegenschaft bzw. bei der Aufstellung oder Änderung des Bauleitplanes bei bereits in Besitz befindlichen Grundstücken vorzulegen.

Die Aufträge, die im Zusammenhang mit der Bauleitplanung stehen, werden von der Stadt in Auftrag gegeben. Ausnahmen hiervon können in begründeten Fällen mit Zustimmung des für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen zuständigen Ausschusses in Betracht kommen.

**Abstimmung:**

Ja-Stimmen: 7

Nein-Stimmen:3

Enthaltungen: 0

**zu 3.6 Potsdam entwickelt Grundstücke selbst!**

**Vorlage: 11/SVV/0799**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Antrag wird auf die nächste Sitzung zurück gestellt (sh. Verständigung zur Tagesordnung)

**zu 3.7 Planungsworkshop Verkehrssituation in Eiche und Golm**

**Vorlage: 11/SVV/0802**

Fraktion SPD

auch OBR Eiche

Herr Jäkel bringt den Antrag ein und informiert über die Empfehlungen des Ortsbeirates .

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Bauordnung) weist darauf hin, dass der Inhalt des Antrages einen Teilaspekt des Stadtentwicklungskonzeptes (StEK) Verkehr darstellt und der Antrag erst nach Vorlage dessen diskutiert werden könne.

Auf die Nachfrage von Herrn Heuer, wann dies denn geschehe, antwortet Herr Goetzmann, dass dies im Januar 2012 der Fall sein wird. Weiter macht Herr

Goetzmann deutlich, dass es ein Widerspruch ist, dass dieser Antrag etwas voraussetzt, was Inhalt des StEK Verkehr ist.

Herr Teuteberg stellt daraufhin den Geschäftsordnungsantrag, diesen Antrag zurückzustellen bis das StEK Verkehr vorliegt.

Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages: 10/0/0

Damit wird der Antrag bis zum Vorliegen des StEK Verkehr zurückgestellt.

**zu 3.8 Prüfung eines Zebrastreifens oder Fußgängerampel Haltestelle Schlaatzweg  
Vorlage: 11/SVV/0583  
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit**

Herr Wustrack (FB Ordnung und Sicherheit) informiert über das Prüfergebnis und empfiehlt den Einbau einer Fußgänger-Mittelinsel.

Redebedarf besteht nicht.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

**zu 4 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 4.2 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 27.10.2011 bis 16.11.2011 sowie Beantwortung von Nachfragen aus der Sitzung vom 08.11.11  
FB Stadtplanung und Bauordnung**

Dieser TOP wird entsprechend des Vorschlages von Herrn Klipp vorgezogen:

Aus der Liste vom 27.10.2011 bis 16.11.2011 wird zu folgenden Vorhaben um Information in der nächsten Sitzung gebeten:

3976 Errichtung eines Mehrfamilienhauses – 8 WE, Schillerplatz 6  
3952 Errichtung eines Einfamilienhauses mit Garage, Beethovenstr. 29

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Bauordnung) stellt die in der vergangenen Sitzung nachgefragten Vorhaben vor.

**Information zum Bebauungsplan Nr.1 "Neuer Markt/Plantage" (auf Bitte der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)**

**zu 4.1**

FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Frau Engelbrecht (Bereich Stadterneuerung) stellt den B-Plan vor und weist in Ihrer Präsentation auf die unterschiedlichen Grundstückseigentümer hin.

Frau Hüneke verweist auf die Traufhöhen und erwartet Abwägungsvorschläge. Weiterhin erfragt sie den Beteiligungsstand und schlägt die reguläre Fortsetzung des B-Planverfahrens vor, was auch durch Frau Engelbrecht bestätigt wird.

Herr Pfrogner verweist nochmals auf den Gestaltungsrat und plädiert für einen offenen Wettbewerb.

Herr Klipp erläutert anschließend, dass hier eine gänzlich andere Situation als in der Potsdamer Mitte vorliegt: Das Grundstück des Brockeschen Palais befindet sich in privater Hand und der Investor lehnt einen Wettbewerb ab. Darüber hinaus liegen Bauvorbescheide vor.

Der Ausschussvorsitzende macht aufmerksam, dass die hierzu vorliegenden unterschiedlichen Positionen nicht abschließend in diesem Gremium diskutiert werden können.

Herr Goetzmann stellt eine Vorlage zur Abwägung für die Stadtverordnetenversammlung im März 2012 in Aussicht.

**zu 5      Sonstiges**

keine